



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

**Titel:** **Interpellation von Brigitte Bos-Portmann, CVP/EVP Fraktion:  
Verbesserung der Präventionsmassnahmen im Bereich der  
Gynäkologie**

**Autor/in:** [Bos-Portmann Brigitte](#)

**Mitunterzeichnet von:** --

**Eingereicht am:** 25. Juni 2015

**Bemerkungen:** --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

---

Am 23. Oktober 2014 wurde dem Landrat die Vorlage "Einführung zur Früherfassung von Brustkrebs bei Frauen zwischen 50 und 70 Jahren mittels eines Mammographie Screenings" diskutiert. Nach einer sehr engagierten Debatte wurde die Vorlage abgelehnt. Der Grund für die Ablehnung lag nicht in der grundsätzlichen ablehnenden Haltung gegenüber Präventionsmassnahmen. Die Vorlage liess zu viele Fragen offen, so z. B. der hohe Anteil an falsch-positiven Diagnosen oder die in der Vorlage vorgeschlagene Altersspanne des Screenings. Insgesamt mochte die Vorlage nicht zu überzeugen.

Unbestritten war hingegen die grundsätzlich positive Haltung gegenüber Präventionsmassnahmen im gynäkologischen Bereich. Hier war man sich einig, dass mehr gemacht werden müsste, um möglichst alle Frauen über die Wichtigkeit der regelmässigen Vorsorgeuntersuchungen aufzuklären und zum Gang zum Gynäkologen/in zu motivieren.

Nach der Ablehnung im Rat blieb unklar, wie man die Aufklärung über die Wichtigkeit der regelmässigen Vorsorgeuntersuchungen verbessern könnte.

Die Grundversicherung (KVG) übernimmt die Kosten von verschiedene Massnahmen, die der Prävention dienen. Die gynäkologischen Vorsorgeuntersuchungen werden gemäss KVG alle 3 Jahre bezahlt, wenn zuvor zwei jährliche Kontrollen ohne Befund gewesen sind; sonst nach Notwendigkeit.

**Vor dem Hintergrund der damaligen Debatte ersuche ich den Regierungsrat um schriftliche Beantwortung der folgenden Fragen:**

1. Läuft die Regelung im KVG, die ersten beiden Vorsorgeuntersuchungen im Jahresintervall zu bezahlen und danach die Kosten nur alle 3 Jahre zu übernehmen, dem Präventionsgedanken nicht eindeutig zuwider?
2. Welche Möglichkeiten, die gesteckten Ziele von mehr Aufklärungsarbeit im Präventionsbereich der Gynäkologie sieht der Regierungsrat? Wie kann er diese breit lancieren?